

Greenpeace-Report beleuchtet Abholzung für Alltagsprodukte

Die Umweltschutzorganisation fordert Gesetze statt Selbstverpflichtung

GREENPEACE

Hamburg, 11. 6. 2019 – Trotz Selbstverpflichtung können globale Konsumgüterhersteller wie Nestlé oder Unilever immer noch nicht ausschließen, dass für ihre Produkte weltweit riesige Waldflächen vernichtet werden. Das zeigt ein neuer Report von Greenpeace International (<https://act.gp/2EXvmm8>), für den die unabhängige Umweltschutzorganisation mehr als 50 Unternehmen zu ihrer Lieferkette befragt hat. Denn ob Schokolade, Shampoo oder Tiefkühlpizza: Unzählige Produkte enthalten Agrargüter wie beispielsweise Palmöl oder Soja. Deren Anbau zerstört unter anderem Regenwälder und befeuert damit die Klimakrise und das Artensterben wie der Report mit Fallbeispielen verdeutlicht. Bereits 2010 hatte sich das Consumer Goods Forum (CGF) mit seinen Firmen dazu verpflichtet, Waldzerstörung bis 2020 aus ihren Lieferketten zu verbannen. Die bisherigen Maßnahmen der Unternehmen lassen jedoch nicht erkennen, dass sie dieses Versprechen einhalten werden. „Waldzerstörung und Artensterben lassen sich nicht mit leeren Versprechen von Unternehmen aufhalten. Nur wirksame Gesetze sorgen dafür, dass Menschen Produkte kaufen können, für die keine Wälder zerstört werden“, sagt Gesche Jürgens, Wald-Expertin von Greenpeace. Ab heute tagt das CGF im kanadischen Vancouver, darunter auch deutsche Firmen.

Greenpeace fordert in Deutschland und auf EU-Ebene Gesetze, die Unternehmen zu nachhaltigen Lieferketten verpflichten und den Marktzugang für Produkte in der EU an strenge ökologische und soziale Kriterien knüpfen. Vom Rohstoff bis zum Produkt muss nachvollziehbar sein, dass Menschenrechte und Umweltbestimmungen eingehalten werden. Frankreich hat ein solches Lieferkettengesetz bereits 2017 beschlossen, in Deutschland wird es derzeit diskutiert. „Die Bundesregierung muss handeln. Denn verlieren wir weiter Wälder, dann verlieren wir auch den Kampf gegen die Klimakrise“, so Jürgens.

Vier von fünf Deutschen wollen Gesetz gegen Waldzerstörung

Erst Anfang Mai warnte eine UN-Studie, dass eine Million Arten vom Aussterben bedroht sind. Zu den Hauptursachen zählt die Wissenschaft die fortschreitende Zerstörung von Wäldern. Die Bundesregierung hat sich 2015 in der sogenannten Amsterdam-Erklärung gemeinsam mit anderen europäischen Ländern verpflichtet, Waldzerstörung bis 2020 aus den Lieferketten für Agrargüter zu verbannen. Etwa 80 Prozent der weltweiten Abholzung stehen im direkten Zusammenhang mit Landwirtschaft - insbesondere durch Weideflächen und den Anbau von Futtermitteln für die Tierhaltung.

Die überwiegende Mehrheit der europäischen Bevölkerung erwartet von der Politik Schritte, um die weitere Zerstörung von Wald zu beenden. Laut einer im Mai veröffentlichten repräsentativen EU-weiten Umfrage wünschen sich 87 Prozent Gesetze, die sicherstellen, dass in der EU verkaufte Waren nicht zur weltweiten Waldzerstörung beitragen. In Deutschland sprachen sich 83 Prozent dafür aus. Die Umfrage (<https://act.gp/2HXr4IL>) beauftragten Greenpeace, EIA, Fern und WWF.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Wald-Expertin Gesche Jürgens, 0171-8787833 oder Pressesprecherin Melanie Aldrian, 0151-23350385. Fotos: Eva Petschull 0174-1313323. Engl. Report und deutsche Zusammenfassung: <https://act.gp/2EXvmm8>
Greenpeace-Pressestelle: Telefon 040-30618-340, Email presse@greenpeace.de; Greenpeace im Internet: www.greenpeace.de, auf Twitter: http://twitter.com/greenpeace_de, auf Facebook: www.facebook.com/greenpeace.de.